

Politische Bildung: MdB Breilmann neu in BpB-Kuratorium berufen

CDU-MdB Michael Breilmann wird auf Vorschlag der CDU/CSU-Fraktion Kuratoriumsmitglied der Bundeszentrale für politische Bildung (BpB). „Ich freue mich über diese Aufgabe, gilt es doch Stellenwert und Akzeptanz politischer Bildung stetig zu verbessern“, so Breilmann. „Vor dem Hintergrund irrer Verschwörungstheorien, einer zunehmenden Verrohung und des Vertrauensverlusts von Teilen der Bevölkerung in Politik und Medien nimmt politische Bildung stetig an Bedeutung zu. Die Arbeit der Bundeszentrale ist und bleibt dafür unverzichtbar!“, so der CDU-Politiker. Das Kuratorium, bestehend aus 22 MdBs (fünf CDU/CSU), kontrolliert die Arbeit der BpB auf Wirksamkeit und Ausgewogenheit. Bundestagspräsidentin Bas beruft auf Vorschlag der Fraktionen entsprechend ihrer Stärke im Parlament die Mitglieder.

Union verurteilt russische Kriegsverbrechen in der Ukraine

Der Bundestag hat am Mittwoch angesichts der mutmaßlichen russischen Kriegsverbrechen im ukrainischen Butscha eine umfassende Aufarbeitung und eine weitere Verschärfung der Sanktionen gegen Russland gefordert. Nach dem Abzug der russischen Truppen aus Butscha Ende März wurden die Leichen hunderter ukrainischer Zivilisten entdeckt, die gefoltert, geschändet und ermordet worden waren. Es wird vermutet, dass auch in anderen Städten der Ukraine solche Kriegsverbrechen begangen wurden. Die Bilder von Butscha haben weltweit Entsetzen ausgelöst.



„Mehr Waffen für die Ukraine und schärfere Sanktionen gegen Russland“: Vize-Fraktionschef Dr. Johann Wadephul begründete in der Debatte die Haltung der Unions-Fraktion. (Foto: CDU/CSU)

„Das grauenhafte Massaker in Butscha bei Kiew zeigt: Das ukrainische Volk kämpft in diesem Krieg – im wortwörtlichen Sinne – nicht nur um sein Überleben, sondern auch für europäische Werte und Freiheit“, so Unions-Vize-Fraktionschef Dr. Johann Wadephul in einer Aktuellen Stunde zu den Konsequenzen aus Butscha. Er forderte die Bundesregierung auf, alles dazu beizutragen, „dass dieser Krieg von den Ukrainerinnen und Ukrainern gewonnen wird“. Sie müsse „erst recht nach Butscha“ an der Seite der Ukraine, an der Seite der Mitmenschlichkeit stehen. Denn Russlands Präsident Putin und seinen Schergen gehe es bei seinem Angriffskrieg um die systematische Zerstörung eines ganzen Volkes und einer freiheitlichen Nation.

Die CDU/CSU kritisierte die zögerliche Haltung der Regierung in der Frage der Waffenlieferungen angesichts des „barbarischen“ Kriegs Russlands heftig. Mit seinen unzureichenden Antworten und dem bürokratischen Vorgehen werde Kanzler Scholz der Verantwortung Deutschlands in dieser historischen Situation nicht gerecht. Mit Blick auf schwere Waffen, die die Ukraine zur Selbstverteidigung brauche, sagte Wadephul: „Wir liefern zu wenig, zu langsam und zu spät.“ Statt zu agieren, reagiere die Bundesregierung leider nur, oft auch nur auf Druck von außen. „Kann diese Bundesregierung mit ruhigem Gewissen sagen: Wir tun wirklich alles, um Putin zu stoppen?“ fragte er an den Kanzler gewandt und verwies darauf, dass Panzer bei deutschen Rüstungsfirmen bereitstünden, die Genehmigung zur Lieferung an die Ukraine aber ausbleibe.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

wegen meiner akuten Corona-Erkrankung war es für mich nicht möglich, an der Debatte und Abstimmung zur Impfpflicht teilzunehmen. Auch wenn ich nicht krankheitsbedingt sondern politisch mitfieberte – der PCR-Test war eindeutig. Ich bin jedoch froh, dreifach geimpft zu sein.



In so einer Situation wird man auch demütig und erkennt erneut, wie gut es uns doch trotz vieler Probleme letztlich in Deutschland geht. Frieden und Freiheit sind nicht selbstverständlich. Wir denken an die Menschen in der Ukraine die vor dem Schrecken der Gewalt geflohen und ihrer Heimat beraubt sind und an alle, die mit ihrem Leben einstehen für die Abwehr des Feindes.

Im Angesicht der fürchterlichen Bilder kommt der Osterjubiläum in diesem Jahr vielen nur beklommen über die Lippen. Zu bedrängend sind die Horrormeldungen und das menschliche Leid dieses Krieges vor unserer Haustür. Die Bereitschaft zum Dialog, der Einsatz für Versöhnung und eine glaubhafte Verteidigungsbereitschaft schließen aber einander nicht aus. Ich bin dankbar, dass wir in Deutschland ein Leben in Frieden und Wohlstand leben dürfen. Lassen wir uns dieses Glückes immer wieder bewusst werden und neue Kraft schöpfen, um die anstehenden Herausforderungen zu meistern.

Ein gesegnetes Osterfest!

Michael Breilmann

Ihr

Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis



Corona: Koalition mit Impfpflicht gescheitert

Eine allgemeine Impfpflicht gegen Covid-19 wird es vorerst nicht geben. Keiner der Anträge, die dazu am Donnerstag im Bundestag beraten wurden, fand eine Mehrheit. Die CDU/CSU bleibt aber Gesprächsbereit und wirbt weiterhin für ihr Konzept einer Impfvorsorge. Damit wäre Deutschland gerüstet für den Fall, dass im Herbst gefährlichere Corona-Varianten auftreten und ein passender Impfstoff vorhanden sein sollte. Unions-Fraktionsvize Sepp Müller erläuterte in der Debatte die Vorteile des [Unionsantrages](#). Der Antrag beruht auf der Ein-



CDU-MdB Michael Breilmann: „Die aufgeheizte Diskussion der letzten Wochen hat bei uns allen Spuren hinterlassen. Unsere Aufgabe ist es nun, zur Beruhigung und Versöhnung beizutragen. Niemand kann vorhersagen, wie das Corona- Pandemiegesehen weitergeht. Deshalb ist klar, dass wir weiter über Impfvorsorge reden müssen. Wir sind dafür bereit!“ (Bild: privat)

führung eines Impfregisters und regelmäßigen Berichten der Regierung an das Parlament über den Stand der Pandemie. Sollten im Herbst tödliche Virusvarianten auftauchen und dann ein wirksamer Impfstoff vorhanden sein, könnte der Bundestag eine Impfpflicht scharfschalten. Diese würde in Stufen eingeführt werden – gestaffelt nach Alter, gesundheitlicher Vorbelastung und beruflichem Risiko. Ein solches Vorgehen sei „angemessen, geeignet und verhältnismäßig“, sagte Müller – genau so, wie die Verfassung es verlangt. Die Unionsfraktion hatte als einzige Fraktion einen eigenen Antrag erarbeitet. Die Regierungskoalition hatte mangels Einigkeit mehrere Gruppenanträge hervorgebracht und begründete dies damit, dass es sich um eine Gewissensentscheidung handle. Dem widersprach Unionsfraktionschef Friedrich Merz in der Debatte klar und deutlich. Merz warf der Ampel vor, sie wolle mit dem Verfahren von der Tatsache „ablenken, dass Sie in Ihrer eigenen Regierung keine Mehrheit haben“.

Kriminalstatistik: Stärkung der Polizei zahlt sich aus

Innenministerin Faeser (SPD) hat am Dienstag die Polizeiliche Kriminalstatistik für 2021 vorgestellt. Laut Statistik ist die Zahl der registrierten Straftaten insgesamt seit 2017 rückläufig. Demnach wurden 2021 insgesamt 5.047.860 Straftaten festgestellt. Das entspreche einem Rückgang um minus 4,9 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Die Aufklärungsquote liegt demnach bei fast 60 Prozent und erreicht damit einen Höchststand. „Dass die von der Polizei erfassten Straftaten 2021 zum fünften Mal in Folge gesunken sind, ist insbesondere der guten Arbeit der vorherigen unionsgeführten Bundesregierung zu verdanken“, so CDU-MdB und Innenexperte Michael Breilmann. „Die personelle Verstärkung der Polizei und die Modernisierung ihrer Befugnisse in den vergangenen Jahren zahlen sich aus. An dieser Entwicklung wird sich die Innenministerin künftig messen lassen müssen“.

Es sei zutiefst bedrückend, dass sich die entdeckten Fälle von Verbreitung, Erwerb, Besitz oder Herstellung kinderpornographischer Schriften im vergangenen Jahr mehr als verdoppelt habe. Polizei und Justiz komme dem wahren Ausmaß dieser abscheulichen Taten offenbar immer näher. Im Widerspruch zu dieser Entwicklung stünden die Pläne der Ampel-Koalition bei der Kriminalitätsbekämpfung im digitalen Raum. „Wenn die Ampel Überwachungssoftware und Online-Durchsuchung einschränkt oder abschafft, werden wir wichtige Instrumente verlieren und im Bereich der Innen- und Rechtspolitik massiv geschwächt.“

Antisemitismusbeauftragte: Lob für NRW-Initiative

Wann sind bestimmte antisemitisch motivierte Handlungen strafbar und wann nicht? Wenn sich Staatsanwälte hier unsicher sind, können sie sich jetzt in NRW an ihre Antisemitismusbeauftragte wenden. CDU-MdB Michael Breilmann begrüßt die Initiative: „Ein guter Vorstoß der Landesregierung“, so der Sprecher für Antisemitismusbekämpfung der CDU/CSU im Innenausschuss. „Die Erfahrungen in den Ländern, die bereits über Beauftragte verfügen, zeigen, wie wertvoll deren Arbeit ist. Sie sind Ansprechpartner für die jüdischen Gemeinden vor Ort und verfügen über die besonderen Kenntnisse, die bei der Bekämpfung antisemitischer Straftaten wichtig sind“, so Breilmann. Am Dienstag hatte die NRW-Landesregierung mitgeteilt, dass 22 Fachkräfte künftig mit dabei helfen sollen, die Bandbreite möglicher Erscheinungsformen von Antisemitismus zu überblicken.

Impressum:

Ausgabe Nr. 06 der 20. Wahlperiode

8. April 2022

Herausgeber:

Bundestagsbüro M. Breilmann

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030/ 227-72555

Email:

michael.breilmann@bundestag.de

Redaktion/V.i.S.d.P.:

M. Breilmann MdB/Harald Häßler/

M.-L. Rosenberger/R. Hoffmann